

# BERICHT AUS BERLIN

## von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 07 | 12.9.2025

## Wir wollen Deutschland voranbringen!

### Diese Woche starten wir in den „Herbst der Reformen“

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

mit diesem Motto starten wir in die kommenden Sitzungswochen. Die Arbeitskoalition von Union und SPD ist voll in Fahrt.

**Wir haben in der Sache viel auf den Weg gebracht:** Von den 62 Maßnahmen, die im Koalitionsausschuss am 28. Mai verabredet worden sind, wurden mit Stand 3. September 47 bereits vom Kabinett beschlossen. Von den gesetzlich umzusetzenden Maßnahmen sind neun Maßnahmen bereits in Kraft getreten. Hierzu gehören u.a.: der Investitionsbooster, die Unternehmenssteuerentlastung, die TK-Netzausbaubeschleunigung sowie die Verlängerung der Mietpreisbremse.

Des Weiteren sind durch Kabinettschluss oder Ministerentscheid bspw. die Abschaffung der Gasspeicherumlage, der Zuschuss zu den Netzentgelten, die Verstärkung der Absenkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft, der Bauturbo, die Bekämpfung der Schwarzarbeit, die Hightech Agenda für Deutschland, die Verlängerung der Haltelinie bei der Rente, die Erhöhung der Pendlerpauschale und die Umsatzsteuerermäßigung in der Gastronomie auf den Weg gebracht.

Ebenso kommen die Vollendung der Mütterrente sowie die Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückvergütung. Die parlamentarischen Beratungen werden nun entsprechend durchgeführt.

Auch die sicherheitspolitische Lage zeigt, es liegen herausfordernde Wochen vor uns.

Die Bundesregierung drängt die **illegale Migration** zurück. Die Asylbewerberzahlen haben sich deutlich reduziert. Seit dem 8. Mai gab es 10.000 Zurückweisungen von illegalen Migranten an deutschen Grenzen. Die Zahl der Asylerstanträge ist im August im Vergleich zum Vorjahresmonat um 60 % gesunken.



Das hohe Arbeitspensum zeigt sich auch an der Tagesordnung des Plenums in dieser und den kommenden Sitzungswochen.

Hier sind verschiedene Gesetzesabschlüsse, aber vor allem viele 1. Lesungen geplant.

## Aktuelle Themen der Sitzungswoche

### Weitere Wachstumsimpulse für unsere Wirtschaft – Abschaffung der Gasspeicherumlage und Möglichkeit des Einsatzes von CCS – weitere energiepolitische Maßnahmen

In dieser Woche bringen wir eine Reihe von [Gesetzen zur Umsetzung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung](#) auf den Weg. Mit der Einbringung eines Gesetzes zur Abschaffung der Gasspeicherumlage gehen wir einen ersten Schritt zur Entlastung bei den Energiekosten. Wir entlasten Haushalte und Unternehmen um insgesamt rund 3,4 Mrd. Euro. Für einen Vier-Personen-Haushalt bedeutet das je nach Verbrauch eine Entlastung von etwa 30 bis 60 Euro pro Jahr. Indirekt sinken zudem auch die Stromkosten, da Gaskraftwerksbetreiber ebenfalls von der Maßnahme profitieren. Die weiteren Gesetze zur Senkung des Strompreises ab 1. Januar 2026 werden folgen.

Im Sinne unseres Industriestandortes und des Klimaschutzes bringen wir ein novelliertes Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes ein. Mit CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilization) kann CO<sub>2</sub> abgeschieden werden, bevor es in die Atmosphäre gelangt. Diese Verfahren sind insbesondere für schwer vermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen von großer Bedeutung, etwa bei der Zement- oder Kalkproduktion. Wir verbessern hierfür den Rechtsrahmen, etwa für den Bau einer CO<sub>2</sub>-Transportinfrastruktur. Eine Länderöffnungsklausel ermöglicht zudem freiwillig Onshore-Speicherung. (Für in Deutschland entstandene Kohle-Emissionen bleibt der Zugang zur Infrastruktur ausgeschlossen).

Darüber hinaus werden wir zwei Energiegesetze einbringen, um den Verbraucherschutz im Energiebereich zu stärken und die Digitalisierung, den Ausbau der Stromnetze sowie der Windenergie auf See zu beschleunigen.

### Stärkung und Entbürokratisierung der Pflege

In dieser Woche stehen die 1. Lesung des [Gesetzes zur Befugnisenerweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege](#) (ehemals Pflegekompetenzgesetz) und des Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung (Pflegefachassistenteneinführungsgesetz) an. Die beiden Gesetzesvorhaben sollen zu einer höheren Pflegequalität bei geringeren Kosten, einem interessanteren Berufsbild und einer einheitlichen Ausbildung führen.

### Stärkung der Finanzkraft von Ländern und Kommunen

In diesem Bereich stehen [drei erste Lesungen](#) an. Konkret geht es um Begleitgesetzgebung, die aus den zu Beginn der Wahlperiode beschlossenen Grundgesetzänderungen und der Einrichtung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität resultiert.



Mit dem **Geszentwurf zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen** (LuKiFG) werden die Rahmenbedingungen für die Verausgabung der aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellten 100 Mrd. Euro definiert.

Der **Geszentwurf zur Ausführung von Artikel 109 Absatz 3 Satz 6 und Satz 7 des Grundgesetzes und Änderung anderer Gesetze** setzt die Rahmenbedingungen für die Länder, damit sie im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse die neu geschaffene Strukturkomponente von 0,35 % des BIP in Anspruch nehmen können. Dabei wird insbesondere festgelegt, dass die Aufteilung grundsätzlich anhand des Königsteiner Schlüssels erfolgt.

Mit dem **Geszentwurf zur Änderung des Sanierungshilfengesetzes** wird darüber hinaus die Grundlage geschaffen, dass auch die Sanierungsländer Saarland und Bremen an der neu geschaffenen Strukturkomponente partizipieren können, ohne eine Reduzierung oder gar Rückforderung der durch den Bund gewährten Sanierungshilfen in Höhe von 400 Mio. Euro pro Jahr und Land zu riskieren.

## Wir stärken die Cyberabwehr

Wirtschaft braucht eine funktionierende und resiliente Infrastruktur, sowohl im physischen als auch im digitalen Bereich. 2024 sind geopolitische und zwischenstaatliche Konflikte mit einer ganzen Bandbreite an Phänomenen im Cyberraum einhergegangen: Desinformation, Hacktivismus, Spionage und Sabotage. Im Bereich der Wirtschaft zählen Ransomware-Angriffe, Ausnutzung von Schwachstellen, offene oder falsch konfigurierte Online-Server sowie Abhängigkeiten von der IT-Lieferkette und in diesem Zusammenhang auch insbesondere Cyberangriffe über die Lieferkette zu den größten Bedrohungen.

Mit dem [NIS-2-Umsetzungsgesetz](#), das in dieser Woche in 1. Lesung im Plenum beraten wird, soll die EU-Richtlinie NIS-2 in deutsches Recht überführt werden, um die Cybersicherheit zu stärken. Das Gesetz erweitert die Anforderungen und den Geltungsbereich des Cybersicherheitsgesetzes auf eine größere Anzahl von Unternehmen.



Das Instrumentarium des BSI bezüglich der Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen wird entsprechend den Richtlinienvorgaben erweitert und es erhält Aufgaben, um die Bundesverwaltung aktiv bei der Erreichung und Förderung der Sicherheit ihrer Informationstechnik zu unterstützen.

## Kreislaufwirtschaft

Diese Woche wird die Koalition in 2./3. Lesung den [Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts](#) an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz) beschließen.

In den parlamentarischen Beratungen ist es gelungen, dass keine Prüfpflicht für Online-Plattformen eingeführt wird. Hier braucht es eine europäische Lösung und kein „Goldplating“. Des Weiteren werden die Wirtschaftsakteure besser in die Entscheidungen der Vollzugsbehörde eingebunden. Hierfür gibt es im ersten Schritt eine ehrenamtliche Altbatteriekommision. In einer begleitenden EntschlieÙung wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, die immer häufiger durch Batterien ausgelösten Brandereignisse in Entsorgungsanlagen zu reduzieren. Hierfür soll die Einführung eines Pfandsystems geprüft werden und ein Runder Tisch soll weitere Lösungsansätze erarbeiten.

## Video der Woche



In meinem „Video der Woche“ folge ich der alten Weisheit: „*Tue Gutes und rede darüber.*“ Heute beginnt die „[Woche des bürger-schaftlichen Engagements](#)“ – und wir stärken das Ehrenamt nicht nur mit Worten!

[KLICK](#)

## Zitat der Woche

«Es geht doch nicht darum, dass es schmerzhaft wird, es geht darum, dass es wirkt, dass es Wachstum bringt, dass es wieder fairer zugeht im Land.»

(Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende **Jens Spahn** am Dienstag zu den anstehenden Reformen.)